

Bezugspreis:
Einfachjährlich 6. — M., monatlich 2. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 2. — M., einjährig 24. — M.
Einschl. Porto. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinlandgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Lettland 2. — M., für
das übrige Ausland 2. — M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Belgien, Schweden
und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
suchungsbeilage „Sozialist“ und der
Beilage „Erziehung und Kultur“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Verlagsort: Berlin.
Verlag: „Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangsbilanz des „Vorwärts“
ist für 9. — M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2. — M. (zu-
wählig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Stellengeld
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1. — M. Briefe über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% abge-
r. Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Expedition Moritzplatz 15195-57
Expedition Moritzplatz 11753-51
Freitag, den 3. Februar 1922
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Notelung Moritzplatz 11753-54

Besprechung in der Reichskanzlei.

Der Reichskanzler hat den Vorstand des
ADGB für heute nachmittag zu einer Besprechung der durch
den Streik der Eisenbahnbeamten geschaffenen Lage ein-
geladen. Es ist anzunehmen, daß an dieser Besprechung auch
die übrigen Spitzenverbände beteiligt sein werden.

ADGB. und Afa zum Streik.

Ueber die Stellung des Bundesvorstandes des ADGB zum
Streik der Eisenbahnbeamten erfahren wir, daß das Vorgehen der
Reichsgewerkschaft einmütig verurteilt wird. Diefelbe Auf-
fassung wird auch vom Vorstand des Allgemeinen Freien Ange-
stelltenbundes vertreten. Beide Vorstände der großen Arbeiter- und
Angestelltenvereinigungen erblicken in dem Vorgehen der Reichs-
gewerkschaft eine unverantwortliche Mißachtung aller
gewerkschaftlichen Grundregeln. Insbesondere ver-
urteilen sie, daß die Reichsgewerkschaft der Beamten die von der Be-
wegung aufs engste berührte Arbeiter- und Angestelltenvereini-
gung abspaltend und systematisch völlig ausgeschaltet hat.

Die beiden Bundesvorstände stehen auf dem Standpunkt, daß
eine Gruppe von Beamten überhaupt nicht das Recht für sich in
Anspruch nehmen darf, einen für das Gesamtwohl und vor allem
für die Erfüllung der gesamten Arbeiterschaft dermaßen notwendigen
Betrieb wie den der Eisenbahnen durch Arbeitseinstellung stillzu-
legen, sondern daß zu einem solchen Beschluß unter allen Umständen
die Zustimmung der Gesamtvertretung aller Ge-
werkschaften erforderlich gewesen wäre. Für die dem ADGB
und dem Afa verbundenen Gewerkschaften besteht ein Be-
schluß dieser Art, wodurch die vorstehende Voraussetzung für einen
Streik in ähnlichen lebenswichtigen Betrieben festgelegt ist, schon
seit längerer Zeit.

Ungeachtet dieser Ablehnung und Mißbilligung des heutigen
Streiks der Eisenbahnbeamten wenden die beiden Bundesvorstände
sich aber mit Entschiedenheit gegen die Verordnung
des Reichspräsidenten und die Maßnahmen des
Berliner Polizeipräsidenten. Heute mittag sind
beiden Bundesvorstände zur gemeinsamen Beratung zusammenge-
treten, in deren Mittelpunkt die aus diesen Erlassen sich ergebenden
Folgen stehen und in der auch zu den Verhaftungen und der
Beschlagnahme der Gelder Stellung genommen werden
soll. Ein Ergebnis dieser Beratungen liegt bisher nicht vor, doch
wird bekannt, daß heute nachmittags eine Besprechung der
Gewerkschaftsvertreter mit der Regierung statt-
finden soll. Den Plänen, auch die Arbeiter und Angestellten der
Privatindustrie zu Proteststreiks gegen die Reichsverordnung aufzu-
fordern, stehen beide Bundesvorstände ablehnend gegenüber.
Sie erwarten bestimmt, daß solche Streikparolen nicht befolgt werden.

Eine Erklärung des Eisenbahnerverbandes. Keine Streikparole.

Nachdem einige Ortsgruppen im Lande, darunter auch Berlin,
den Beschluß gefaßt haben, sich an dem Streik zu beteiligen, sieht sich
der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes veranlaßt, nach-
stehendes festzustellen:

1. Der Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft erfolgte ohne
vorherige Verständigung mit dem Deutschen
Eisenbahnerverband und widerspricht somit allen gewerkschaftlichen Regeln;
2. Seit Dienstag, den 24. Januar, finden im Reichsverkehrs-
ministerium ohne Unterbrechung jeden Tag Ver-
handlungen über die Neuregelung der Ueber-
steuerungszuschüsse statt. In diesen Verhandlungen sind
ständig zwei Vertreter des Hauptverbandes, ferner die Beiz-
setzer und sonstigen Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerver-
bandes aus den einzelnen Bezirken beteiligt.

Die Verhandlungen haben bisher Erfolg gehabt und, soweit bis
heute für die erledigten Bezirke ein Resultat vorliegt, hat es die Zu-
stimmung der in Berlin anwesenden Funktionäre der Bezirke ge-
funden. Bei dieser Sachlage ist es ausgeschlossen,
daß der Vorstand eine Streikparole herausgeben
kann, um so weniger, als die Uebersteuerungszuschüsse in einer Er-
klärung der Regierung auf die Beamten übertragen werden sollen.

Auf Anregung des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes
finden zwischen dem Vorstand des ADGB und der Reichsregierung
Verhandlungen statt über die Aufhebung der Ver-
ordnung des Reichspräsidenten.

Im übrigen steht der Vorstand nach wie vor auf dem Stand-
punkt seiner Erklärung vom 1. Februar und verurteilt die Maß-
nahmen der Regierung und Behörden, die darauf gerichtet sind, das
Koalitions- bzw. Streikrecht der Eisenbahner einzuengen oder zu be-
seitigen, und er wird alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen
treffen, um auch den Eisenbahner das Koalitionsrecht sicherzustellen.

Verstärkte Streiklage in Berlin.

Die Eisenbahndirektion Berlin stellt über die Streiklage in ihrem
Bericht mit: Die Streiklage hat sich seit gestern abend dadurch ver-
schärft, daß fast alle Eisenbahnstrecken und Ausflugsbahnen
der großen Rangier- und Güterbahnhöfe, sowie die dem DGB
angehörigen Arbeiter sich dem Streik ange-

schlossen haben. Es streiken zurzeit rund 98 Proz. des Lokomotiv-
und Zugbegleitungspersonals, rund 80 Proz. der Weichensteller,
etwa 20 bis 30 Proz. der Eisenbahnassistenten und Eisenbahnsekretäre
und nahezu geschlossen alle dem DGB angehörenden Arbeiter.
Trotz weiterer Einsätze der Technischen Nothilfe liegt infolge
der geschädigten Verschlechterung der Verhältnisse der Güterverkehr
ganz danieder. Die Zustellung des geringen Kohleneinganges zu
den Verbrauchsstellen ist ungewiß; auch die Aufrechterhaltung des
übrigen lebenswichtigen Güterverkehrs ist stark in Frage gestellt.
Gefahren wurden nach und von Stettin und Stargard sechs Personen-
züge, ein Güterzug mit Milch und Vieh, von Hannover ein D-Zug,
von Magdeburg ein Personenzug, von Halle ein D-Zug und zwei
Eilgüterzüge mit Milch und Vieh, nach Görlitz ein Personenzug, von
Görlitz zwei Personenzüge, von Breslau ein D-Zug und von
Köln zwei D-Züge und zwei Viehzüge.
Bemerkenswert ist, daß die Hauptwerkstätten mit Aus-
nahme von Potsdam, in den Streik getreten sind.

Die Situation im Reich.

Hannover, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
Das Lokomotivführerpersonal streikt bis auf wenige Ausnahmen.
Zugpersonal ist reichlich vorhanden. Das Bahnhofspersonal ist voll-
ständig im Dienst erschienen. Personen- und D-Züge ver-
kehren vereinzelt; Milch-, Eil- und Arbeiterzüge
werden gefahren. Der Güterverkehr ruht bis auf einige
Kohlenzüge. Die Rangierbahnhöfe sind überfüllt. Es traten nach
den bisherigen Feststellungen insgesamt etwa 3300 Personen in den
Ausstand, davon 3000 Lokomotivführer. Dergewichtige Güter- und
Lebensmittel werden zur Beförderung nicht mehr angenommen.

Bremen, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
Da nur wenige Züge Bremen als Ausgangsstation haben,
kommt eine größere eigene Aktion in Bremen für diesen Streik nicht
in Frage. Die Lage in Bremen ist hauptsächlich von der Gestaltung
des Streiks in Hannover, Dannebrück, Hamburg, Altona, Stendal,
Uelzen, Westmünde und Oldenburg abhängig. Nach Ausgabe der
Streikparolen ruht der Verkehr mit den Hauptplätzen.
Nach Oldenburg verkehrten gelegentlich noch einige Züge, ebenso
konnten nach Westmünde gestern abend noch 2 Personenzüge ab-
gelassen werden. In Bremen herrsche bereits vor dem Streik ein
großer Kohlenmangel. Jetzt droht eine Katastrophe, da
Bremen hauptsächlich auf westfälische Kohlen angewiesen ist, und
infolge des Eises auf dem Wasserwege keine Kohlen befördert werden
können. Die Industrie verfährt nur noch über Kohlenorräte für
wenige Tage. Auch für den Hausbrand sehen die Kohlen.

Hamburg, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
Die Streiklage in Hamburg ist unverändert. Auf Veran-
lassung des Oberstaatsanwalts sind auch in Altona 3 Streik-
führer verhaftet worden. In einzelnen Betriebswerkstätten
haben sich entgegen dem Beschluß der Ortsverwaltung des Deutschen
Eisenbahnerverbandes auch die Arbeiter dem Streik an-
geschlossen. Dort sind heute morgen in geringer Anzahl Mann-
schaften der Technischen Nothilfe eingesetzt worden. Zu legendweiligen
Zwischenfällen oder Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen.
Die Kohlenlage ist derart schlecht, daß die Oberstaatsbehörde die
Schließung sämtlicher Volksschulen für einen der
nächsten Tage in Aussicht nehmen muß.

Stettin, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
Eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung un-
serer Partei in Stettin beschloß am Donnerstag, Regierung und
Reichstag zu ersuchen, schnellstens die unangenehmsten Teile der
Besoldungsordnung zu beseitigen, um nicht noch
schwerere Erschütterungen unseres Staats- und Wirtschaftslebens
heraufzubekommen. Gegen den geplanten Angriff auf den Licht-
steuerkompromiß werden die Parteigenossen alles aufbieten. Das Steuer-
kompromiß hält die Verammlung für ungeeignet zur Besse-
rung unserer Finanzlage. Es soll unbedingt an der Forderung
nach Erfassung der Sachwerte festgehalten werden.

Essen, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
In einer stark besuchten Versammlung der Reichsgewerkschaft
wurde gestern mit allem Nachdruck bekräftigt, jedwede Not-
standsarbeiten abzulehnen. Zwischenfälle irgendwelcher
Art haben sich bisher nicht ereignet.
Die Funktionäre des Sozialdemokratischen
Bereins Essen nahmen gestern in gut besuchter Versammlung
Stellung zur letzten Regierungskrise. In einer Resolution bedauern
sie, daß die Reichstagsfraktion infolge der ersten außenpolitischen
Lage gezwungen war, ein völlig unbedingtes und unflexibles
Steuerkompromiß anzunehmen. Nach wie vor muß auf die
Erfassung der Sachwerte als unbedingte Notwendigkeit zur
wirksamen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen hingewirkt
werden. In der Angelegenheit des Eisenbahnbeamtenstreiks
verurteilen die Funktionäre der Partei die Ver-
ordnung des Reichspräsidenten und insbeson-
dere die Ausführungsbestimmungen des Berliner
Polizeipräsidenten.

München, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
In Bayern ist von irgendwelchen Streikbewegun-
gen noch nichts zu spüren. Die bürgerlichen Telegraphen-
bureaus berichten von Arbeitsniederlegungen der Lokomotivführer
in Asohof und Pösch, die „schon im Keim mit aller Energie unter-
drückt worden seien“. Von der Gausstellung Bayerns des Deutschen
Eisenbahnerverbandes erfahren wir, daß die neuerliche Verschärfung
der Streiklage in Norddeutschland kaum eine Rückwirkung haben
werde. Die Tatsache, daß im Laufe des heutigen Tages die Funk-
tionäre der Lokomotivführerorganisationen in München und Nürnberg
zusammentreten, deuten jedoch darauf hin, daß die Auffassung der
Gausleitung von den Arbeitnehmern nicht ganz geteilt wird.

Aus dem Reich einlaufenden Meldungen lassen erkennen,
daß die Streiklage unverändert ist. In vielen Orten hat sie sich
gegenüber dem ersten Tage verschärft. Nur aus Erfurt kommt
die Meldung, daß dort ein Teil der streikenden Lokomotivführer den
Dienst wieder aufgenommen hat. — In Frankfurt a. M. nahm
eine Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes
einstimmig eine vom kommunistischen Landtagsabgeordneten Knott
eingebrachte Resolution an, in der von der Zentralverwaltung Ber-
lin die sofortige Streikparole verlangt wird. Ebenso ein-
stimmig wurde ein Antrag angenommen, heute vormittag in allen
Betrieben eine Urabstimmung über den Streik vorzunehmen.
— In Sachsen scheint der Streik allgemein zu sein. — In
Magdeburg hat sich die Lage dadurch verschärft, daß die Beleg-
schaft eines wichtigen Stellwerkes nicht zum Schichtwechsel kam.
— Aus Nürnberg wird gemeldet, daß der Zugverkehr über die
Ueberränge von Aschaffenburg bis Hof eingestellt ist. Die Schnell-
züge nach Frankfurt enden in Aschaffenburg und die nach Berlin in
Bamberg. Die Annahme und Rückhaltsperrung für alle Güter ist
ausgesprochen worden. Im Direktionsbezirk Nürnberg ist das Per-
sonal vollständig zum Dienst erschienen. — Der württem-
bergische Staatspräsident hat eine Abordnung des
württembergischen Beamtenbundes und der Reichsgewerkschaft emp-
fangen und ihr zugesagt, an die Reichsregierung schleunigst den
Wunsch zu übermitteln, Verhandlungen mit der Hauptleitung der
Reichsgewerkschaft nicht abzubrechen, sondern durch Vermittlung des
früheren Gewerkschaftsvorstandes des Beamtenbundes Schulz
wieder aufzunehmen. — In Ostfriesland ruht der Eisenbahn-
verkehr vollständig.

Die Versammlung des DGB.

Die Versammlung der Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-
verbandes, über deren Ergebnis wir bereits berichteten, nahm fol-
genden Verlauf: Die Hauptredner waren der Bevollmächtigte Willi
Schulz und Bezirksleiter Knebel. Von den Rednern wurde
mitgeteilt, daß die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner weder vor
noch nach der Streikklärung Fühlung mit dem Verband genom-
men habe. Von den Vertretern des Verbandes sei im Laufe des
heutigen Tages mit der Eisenbahndirektion und dem Polizeipräs-
identen über die Zurücknahme der in Sachen des Streiks erlassenen
Verfügungen verhandelt worden. Auch der Ausschuß der Berliner
Gewerkschaftskommission habe in einer Enschließung gegen die
Anordnung der Regierung Protest erhoben und die so-
fortige Aufhebung gefordert. Weiter habe der Verband die
Zurückziehung der Schupo verlangt, da die Eisenbahner ihre An-
liegen selbst schützen würden. Eine vollständige Zurückziehung habe
man aber nicht bewilligt. Die ganze Aufmachung bei dem Streik
widerspreche allen Gepllogenheiten der freien Gewerkschaften. Ich
glaube, so erklärte Willi Schulz, behaupten zu dürfen, daß dieser
Streik die Sanktion des Hauptverbandes nicht finden wird.
(Großer Lärm.) Bei einem nicht sanktionierten Streik übernehme
der Hauptvorstand keine Garantien. (Wiederholte lärmende
Unterbrechung.)

Auch der zweite Verbandsvorsitzende Bernhard wandte sich
in längeren sachlichen Ausführungen gegen einen Streikbe-
schluß. Die Reichsgewerkschaft sei an dem Gang der Dinge nicht
unschuldig. Die vorherrschende Erregung richtet sich der Haupt-
sache nach gegen die Haltung der Regierung und des Polizeipräs-
identen. Aber die Reichsgewerkschaft hat der Regierung die Waffen in
die Hand gegeben. Sie hat sich nicht an die freien Gewerkschaften ge-
wandt und das was als eine große Dummheit bezeichnet werden
kann. Ueber die Verantwortung können wir uns nicht hinwegsetzen. Wir
haben uns an den ADGB gewandt und der wird sich morgen an
die Regierung wenden. (Beifall und stürmischer Widerspruch.)

Nach der weiteren sehr erregten Aussprache wurde schließlich
ein Antrag gegen wenige Stimmen angenommen, heute früh um
6 Uhr in den Streik zu treten.

In der Versammlung erklärte eine Delegation der Sektion Post
und Telegraphie des Deutschen Verkehrsverbundes, daß die Funktionäre
der Sektion beschlossen hätten, sich mit dem Beschluß der
Eisenbahner-Funktionäre solidarisch zu erklären. Heute vormittag 11 Uhr trat wieder eine Versammlung der Sektion
Post und Telegraphie des Deutschen Verkehrsverbundes zusammen, um
über die Lage zu beraten. Die Mitteilung in der Eisenbahnerver-
sammlung ist also noch keine endgültige Streik-
erklärung gewesen.

Reichstag und Eisenbahnerstreik.

Im Reichstag ist ein Antrag der kommunistischen Fraktion eingegangen, das Haus sofort einzuberufen. Der Reichspräsident konnte diesem Antrag nicht stattgeben, da vor Errichtung eines Notpersonenverkehrs der Reichstag nicht beschlussfähig ist. Aus diesem Grunde ist auch die für den kommenden Dienstag anberaumte Sitzung in Frage gestellt. Die Einberufung bleibt jedoch in der Erwägung aufrechterhalten, daß es bin dahin der Mehrzahl der Reichstagsmitglieder möglich sein wird, nach Berlin zu kommen.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USPD. beantragt, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstags die Beratung des folgenden Antrags zu stellen: „Wir beantragen: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verlangt sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten betr. Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichseisenbahn vom 1. Februar 1922.“ — Der Reichspräsident, Genosse Böbe, hat dem Wunsche der USPD. entsprochen und den Antrag auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Eine Erklärung des Zentralkomitees der USPD. fordert die sofortige Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten.

Die Wirkung auf die Börse.

An der Berliner Börse wurde heute fast ausschließlich der Eisenbahnerstreik erörtert sowie die Möglichkeit eines Generalstreiks. Man befürchtet für den Fall einer längeren Dauer des Eisenbahnerstreiks oder einer weiteren Ausdehnung der Bewegung einen starken Rückgang der deutschen Markt an ausländischen Börsen. Infolgedessen war heute die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln recht lebhaft. Dollarnoten wurden in der ersten Börsensitzung etwa mit 204 gehandelt. Am Effektenmarkt war die Stimmung bei geringem Geschäft immerhin fest. Besonders gesucht sind oberösterreichische Werte.

Die betrübten Lohgerber.

In der Presse der Deutschen Volkspartei wird immer noch gezetert über die Tatsache, daß Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt ist, trotzdem die Unterhändler der Partei doch „persönliche und sachliche Garantien“ für die Steuerwendung gefordert hatten und die Ernennung Rathenaus als das Gegenteil davon ansehen.

Es ist zwar nicht klar, was Rathenau als Außenminister mit dem Steuerkompromiß an sich zu tun hätte. Aber die Volksparteier werden schon wissen, weshalb gerade die Stinnes-Partei gegen Rathenau Stellung nimmt. Das könnte auf sich beruhen bleiben, wenn nicht ihre Presse den Anschein zu erwecken und aufrechtzuerhalten suchte, daß Rathenau durch ein Ultimatum seine Ernennung erzwungen habe. Diese Darstellung ist schon als ein schwer erklärliches Mißverständnis bezeichnet worden. Aber die Journalisten der Stresemann-Partei wissen sich Rat. Sie behaupten neuerdings, daß der Reichstanzler den vier Abgeordneten der Volkspartei — Dr. Becker, Dr. Hugo, Dr. Kempkes und Dr. Stresemann — erklärt habe, „daß Dr. Rathenau für einen Eintritt in das Ministerium nicht mehr in Betracht komme, wenn er nicht bis zum nächsten Morgen ernannt sei“. So „Die Zeit“, das völkische Tagesblatt. Die parteiunabhängige „Nationall. Korresp.“ vergrößert die Darstellung noch, indem sie die Worte Wirths so wiedergibt: „Herr Dr. Rathenau habe ihm erklärt, wenn seine Ernennung nicht sofort erfolge, müsse der Reichstanzler auf jegliche Mitwirkung Dr. Rathenaus für Genua verzichten“. Auf eine Bemerkung der Volksparteier, Dr. Rathenau könne doch noch drei Tage warten, habe Dr. Wirth nur mit den Achseln gezuckt.

Die ganze Auseinandersetzung mutet an wie ein Froschkonzert. Ob Wirth dies und Dr. Rathenau jenes gesagt habe.

Kommunistischer Bänkelfang.

Herbei ihr Leute alle, staunt und kiest:
Hier wird der Laub zum Boden rausge—plekt.
In Bänkelfängerweise, wie gewohnt,
Ward dies von mir gemalt, gereimt, vertont.

Ulas Laub, ein wacker Handelsmann,
Fing einen kommunistischen Bücherladen an.
Gesinnungstüchtige Schriften und Broschüren
Sieht man als gangbare Artikel hier ihn führen.

So trieb er's lange Zeit. Mit einem Male
Erscheint die kommunistische Zentrale:
„Der Laub sei aus dem Laden rausgefueert,
Weil er zu stark lewistisch angeleuert.“

Laub aber krafft sich an der Theke fest,
In Worten und Gebärden ganz Protest.
Doch weh — jetzt hüngen sich dereint aufs Männle
Der Leow, Schmidt, Kossin und Kemmle.

„Selbsthilfe“ dekretiert der Schmidt gelassen,
Der Leow kriegt Laubs Gurgel gleich zu fassen.
Erwoacht in ihm ist löwenhafter Trieb — oh!
Laub aber brüllt aus voller Kehle: „Stipoll!“

Hier rückt sie an. Doch Bleck erklärt devot:
„Was denn? Wir schlagen hier nur Juden tot.“
Respektvoll räumt die Sipo drauf das Feld,
Weil sie die Täter für Coureurstudenten hält.

So wird denn Laub zum Boden rausgebammelt,
Derweilen Kemmle die Tür verrammelt.
Und die Moral: Ihr lieben Leute glaubt,
Dah sich die KPD. sehr rasch entlaubt.

Rich. von Lindenbuden.

Schiller-Theater: „Der Snob“ von Sternheim. Sternheim, der der Schiller die weiland wilhelminischen Zeiten sein möchte, hat diese Snobdomäne wohl als bourgeois Gegenstück zu seinem „Bürger Schappel“ gedacht. Wie Schappel, der Proletariatsprophet, ehrenreichlich in Kleinbürgerliche Kreise eindringt, stets bereit, beim Kuffel Haut und Hemd zu wechseln, steuert der zum Generaldirektor avancierte Sohn des einstigen Subalternbeamten Wastke, bestrebt, sein großes Portemonnaie durch adlige Gesinnung und Mäzen zu verherrlichen, auf eine gräßliche Heirat los. Das ist charakteristisch für den Typ, ebenso die Art, wie dieser Herr die unbedeutend gewordenen Eltern abschleift und verläugnet. Indes, der weitest Inhalt der Komödie bringt statt Entwicklung der Figur eine lose verbundene Spiel ganz allgemeiner Ironien. Der in das Zustand abgehobene

darauf kommt es gar nicht an, sondern auf die Frage, ob Dr. Rathenau, der sich und der deutschen Regierung bereits ein gewisses Vertrauen im Ausland erworben, der geeignete Mann für das bisher nur nebenamtlich verwaltete Außenministerium sei. Und wenn wir auch seinen amtlichen Handlungen abwartend gegenüberstehen, so müssen wir doch betonen, daß die bisherige Politik Rathenaus uns wesentlich zweckmäßiger erscheint, als die „Politik“ der Stinnes-Gruppe, die lediglich das Quentchen Vertrauen wieder zerstören würde, das mühsam gewonnen wurde. Das Gezeter über Rathenaus angebliches Ultimatum wirkt daher als das Beflaggen jener Lohgerber, denen die Felle davonschwammen.

Der Kampf in der Studentenschaft.

Wir berichteten schon wiederholt über die Kämpfe in der Studentenschaft. An der Berliner Universität kam es in den letzten Tagen zu einem offenen Bruch zwischen den Fraktionen des nationalsozialistischen Hochschulringes und den Rinderheitsgruppen mit Einschluß der sozialistischen Studentenschaft.

Der Ausschuß der Berliner Studentenschaft, der nur noch von den Fraktionen des Hochschulringes besetzt war, ordnete eine Neuwahl der Studentenschaft auf Grund der nach dem „völkischen Prinzip“ aufgebauten Berliner Verfassung an. Hiermit setzte er sich in Gegensatz zu der Göttinger Januarverfassung, in der sämtliche Parteien, wie Vorstand und Hauptauschuß der Deutschen Studentenschaft sich auf eine der Berliner Verfassung widerprechende Formulierung geeinigt haben. Der Rektor sah sich infolgedessen veranlaßt, die Wahlen zu verschieben und eine Studentenschaftsversammlung einzuberufen.

Gestern wurde nun von den radikalistischen Jünglingen der Hochschulringfraktionen nochmals die Göttinger Januarverfassung abgelehnt und erneut Wahlen angelehrt.

Dies war voraussehen für den, der die Vorgänge im Hochschulring kennt. Diesem kommt es nicht auf sachliche Arbeit an, sondern auf völkische Phrasen. Und dann ist der formaljuristische Instinkt, mit dem die Ablehnung der Göttinger Januarverfassung begründet wurde, nur ein verlängerter Instinkt aus den sogenannten „Förderer“kreisen, von denen Treiben wir schon wiederholt berichteten!

Die Rinderheitsgruppen lehnten eine weitere Beteiligung ab und nahmen auch nicht an den gestern erneut ausgeschriebenen Wahlen teil.

Wie wir hören, werden sie in einer Eingabe an die Behörden die Schaffung geordneter Zustände und Ablehnung einer auf dem völkischen Prinzip aufgebauten Verfassung verlangen.

Deutschlands steuerliche Belastung.

Material aus den Anlagen zur Reparationsnote.

Die Anlagen zur Reparationsnote sind von zweierlei Art. Einmal werden den Empfängern bis ins einzelne gehende Unterlagen zur deutschen Steuerfestsetzung unterbreitet, dabei wird auch die Zusammensetzung des Etats dargestellt, zum anderen wird an der Hand vergleichender statistischer Tabellen gezeigt, daß die steuerliche Belastung heute in Deutschland wesentlich höher ist als im besonderen in Frankreich und England.

In der Anlage des Artikels 233 des Vertrages von Versailles ist festgelegt, daß die Prüfung der Reparationskommission bei Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sich auf darauf zu erstrecken habe, daß „das deutsche Steuerwesen im allgemeinen verhältnismäßig vollkommen ebenso schwer ist, wie das irgendeiner der in der Reparationskommission vertretenen Mächte“. Diese Bestimmung bedeutet deswegen so außerordentlich viel, weil in erster Linie Frankreich ein stark ausgebautes System indirekter Steuern hat, während in England auch die direkten Steuern weit entwickelt sind. Beide Länder gelten aber auf Grund des Vertrages von Versailles in bezug auf ihr Steuerwesen als Maßstab gegenüber Deutschland.

Die deutsche Regierung weist auf Grund eines bestimmten Umrechnungsschlüssels nach, daß bei uns ein verheirateter Steuerpflichtiger bei einem Einkommen von 30 000 M. aus Lohn und Gehalt allein durch die Einkommensteuer mit 7,4 Proz. seines Verdienstes

belastet ist, während eine Person mit dem gleichen Einkommen weder in Frankreich noch in England Einkommensteuer zu zahlen habe. Bei einem Arbeitseinkommen von 100 000 Mark entsteht in Deutschland eine Steuerpflicht von 15,5 Prozent, in England von 10,5 und in Frankreich von 5,5 Prozent.

Die Last der Verbrauchssteuern läßt sich für die eben genannten Länder schwer vergleichen, weil bei uns breite Volksschichten dadurch ausfallen, daß ihr Einkommen nicht ausreicht, um auch Genussmittel und Ähnliches zu kaufen, die den Verbrauchssteuern besonders stark unterliegen. Aber unter Zugrundelegung des Gesamteinkommens aus Steuern ergibt sich im Vergleich mit Frankreich auf der Basis der Zahlen des Völkerbundes für Deutschland ein Anteil der Steuer am Volkseinkommen von über 31 Proz., in Frankreich dagegen von nur 14 Proz. Steht man fest, was demgemäß nach Abzug der Steuern dem einzelnen im Durchschnitt zum Lebensunterhalt von seinem Staat gelassen wird, so ergibt sich bei Berücksichtigung des oben erwähnten Umrechnungsschlüssels für den Deutschen eine Jahressumme von 3573 Mark, für den Franzosen 13 745 Mark.

So reden die Unterlagen zur Reparationsnote eine erschütternde Sprache. Dennoch werden sie nicht ausreichen, um die Gegner zu überzeugen, wenn sie nicht den Willen zu der Einsicht haben, daß man die Siegerstaaten nicht dadurch glücklich machen kann, daß Deutschland wirtschaftlich und finanziell vernichtet wird.

Die Februarlöhne im Kohlenbergbau.

Berlin, 3. Februar. (WIB.) Im Reichstag haben am 28. Januar zur Regelung schwebender Lohnfragen im Kohlenbergbau Verhandlungen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums stattgefunden. Für alle vertretenen Reviere, nämlich die Steinkohlenbezirke Ruhr, Aachen, Niederschlesien, Niedersachsen, Ibbenbüren und die Braunkohlenbezirke Mitteldeutschlands, Köln, Bayern und Düren konnten Vereinbarungen für den Monat Februar erreicht werden. Die durchschnittliche Lohnhöhe für den Ruhrbezirk und den Rätter Braunkohlenbezirk beträgt 14 M. für die Schicht. Für die übrigen Bezirke entsprechend weniger. Für den oberösterreichischen und Westermälder Braunkohlenbergbau sollen die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden.

Vereinfachung der bayerischen Verfassung.

In der Sitzung des Finanzausschusses des bayerischen Landtages vom Donnerstag lag ein Antrag der Sozialdemokraten auf Ersetzung des Ministeriums des Außern durch eine Staatskanzlei bis zum 1. Juli vor. In der Aussprache erklärte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld die Inangriffnahme einer Vereinfachung der Staatsverwaltung für eine seiner dringlichsten Aufgaben. Mit der Vereinfachung des Ministeriums des Außern im letzten Augenblick würde aber weder eine Vereinfachung noch eine Verbilligung eintreten. Nach längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dagegen ein Antrag Heidebrecht (Bayer. Sp.) angenommen, der die Regierung ersucht, bis zum 1. Juli 1922 dem Landtag eine Vorlage über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, insbesondere über die Vereinfachung der Ministerien, zu unterbreiten.

Die sozialistische Fünfkänderkonferenz.

London, 3. Februar. (WIB.) Die unabhängige Arbeiterpartei hat beschlossen, ihre Präsidenten Ballhead und Ben Risen als Vertreter zu der von der französischen Sozialdemokratischen Partei einberufenen Konferenz über die Reparationsfrage zu entsenden, die am 4. und 5. Februar in Paris stattfindet.

Hungersnot auch in China.

London, 3. Februar. (WIB.) „Daily Mail“ meldet, daß in den Provinzen Kiangsu, Schantung, Hunan, Tschingtsang, Honan und anderen Provinzen eine sehr schwere Hungersnot herrscht. Tausende von Menschen gehen durch Hunger und Kälte zugrunde.

Major Offenberg ist als letzter inhaftierter Karl-Putschist jetzt auch wieder in Freiheit.

Das Eindringen des Atlantischen Ozeans in die Nordsee. Die Tatsache, daß der Atlantische Ozean in immer stärkerem Maße in die Nordsee eindringt, ist von Gelehrten des englischen Marineobservatoriums zu Lowestoft festgestellt worden. Es wurden hydrographische Untersuchungen in dem Teil der Nordsee vorgenommen, wo der sonst dort reichlich zu findende Hering sich nicht eingestellt hat. Man untersuchte die Wasserfläche von Lowestoft die Küste aufwärts bis Scarborough und dann eine Strecke ins Meer hinein von etwa 300 Kilometern. In Entfernungen von 30 Kilometern wurden Proben aus den verschiedenen Wasserschichten von der Oberfläche bis zum Grunde genommen, und dabei erkannte man, daß sich in den tieferen Teilen der Nordsee eine ganz ungewöhnlich große Menge vom Wasser des Atlantischen Ozeans befindet. Das atlantische Wasser kann von dem Nordseewasser sehr leicht unterschieden werden durch den höheren Salzgehalt, die größere Wärme und die Verschiedenheit des Planktons, der kleinen tierischen und pflanzlichen Lebewesen. Die Ursache für dieses stärkere Einströmen des atlantischen Wassers, das doppelt so groß sein soll wie früher, ist nicht bekannt; man weiß auch nicht, ob das Ausbleiben der Eeringe damit zusammenhängt.

Wie Shadleton starb. Wie Kapitän Hussen, der Meteorologe der Expedition, erklärte, litt Shadleton während der ganzen Reise von Rio de Janeiro nach der antarktischen Insel Südgeorgien an neuralgischen Schmerzen in Brust und Rücken; aber er war gegen alle Vorstellungen seiner Freunde, die ihm dringend rieten, heimzufahren und sich ärztlicher Behandlung zu unterziehen, taub, da er sehr überzeugt war, daß es sich nur um vorübergehende Schmerzen handelte. Nach der am 4. Januar erfolgten Ankunft bei der Wallisfängerstation der Insel begab sich Shadleton an Land, um wegen der Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen Vereinbarungen zu treffen. Er kam gegen 9 Uhr abends in bester Stimmung an Bord zurück. Dann ging er augenscheinlich im besten Wohlbefinden zu Bett. Kurz nach halb drei Uhr morgens rief er den Arzt der Expedition zu sich rufen, da er wieder heftig unter einem Anfall seiner neuralgischen Schmerzen litt. „Geben Sie mir etwas, um die Schmerzen wegzubringen, und ich werde in einigen Minuten wieder wohlsein“, sagte er. In diesem Augenblick betrat der zweite Arzt die Kabine. Bevor die beiden Ärzte sich noch über die zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig machen konnten, war Shadleton schon tot, drei Minuten nachdem er den ärztlichen Besuch erbeten hatte.

Volkshöhne G. B. Nr. 2. Sonderausstellung geht am 10. und 11. Das letzte Gericht von Rufus Maria Beder in Eszern. In größeren Rollen wirken mit: Paul Ritt, Karl Ludwig Wog, Hans Heinrich von Zmaromski, Fritz Gur, Otto Karol, Peter Rila, Fritz Lion, Erich Otto, Leonhard Stedel, Armin Schmeier, sowie die Damen: Eleonore Ehn, Gräze Kloss, Paula Beyer, Ilse Friedmann, Charlotte Kelle.

Revolutionäre und antimilitaristische Dichtungen bricht Ernst Friedrich an einem 42. Geburtstag am Sonntag, den 5. abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Alsterstraße 47/50. Die „Vaterlandsliegen Gesellen“ werden Volkslieder singen, und auch der Sprachchor wirkt mit.

Frankreich und der Wiederaufbau.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die französische Regierung ihre Teilnahme an der Konferenz von Genua offiziell angemeldet habe. Diese Meldung wurde zwar von der amtlichen französischen Nachrichtenagentur abgelehnt, aber diese Ablehnung war mehr eine Bestätigung, da sie zugeben mußte, daß sich Frankreich durch seine Unterzeichnung in Cannes verpflichtet fühle, in Genua zu erscheinen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß damit Poincarés Widerstand gegen den Ausbauplan Lloyd Georges gebrochen ist. Vielmehr benutzt er die alten diplomatischen Methoden des Rollen-austausches, zu denen er sich in seiner Antrittsrede bekannte, dazu um den Plan des englischen Ministerpräsidenten anzugreifen, wo irgend er eine wunde Stelle zeigt. So kündigt der „Matin“ eine Note der französischen Regierung an die Verbündeten Mächte an, in der des näheren auseinandergesetzt wird, daß Frankreich eine Politik der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht für möglich halte, da man von der Somjer-regierung auf der einen Seite Garantien verlangen müsse und da andererseits die herrschende russische Gesetzgebung das Privatigentum nicht anerkenne. Ob in dieser Erklärung ein Erfolg Radels und seiner Freunde zu erblicken ist, die seit einiger Zeit für ein russisch-französisches Sonderabgehen Kollame machen, wissen wir nicht. In der Ankündigung heißt es weiter, Frankreich sehe einen gewissen Widerspruch darin, wenn das Protokoll von Cannes zu gleicher Zeit die wirtschaftliche Wiederherstellung aller europäischen Länder und die Wiederaufnahme der internationalen Handelsbeziehungen fordert und versichert, an den bestehenden Plänen solle nichts geändert werden. Wenn das europäische Wirtschaftsleben auf eine neue Grundlage gestellt werden solle, dann müsse doch zunächst einmal die Reparationsfrage beseitigt werden und das werde ausdrücklich im Beschluß von Cannes zurückgewiesen. Es ist uns immerhin angenehm feststellen zu können, daß auch Poincaré und sein Kabinett einsehen, daß eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ohne Revision des Reparationsproblems nicht möglich ist.

In England bleibt die Haltung des Ministeriums Poincaré nicht ohne Widerhall. In breiter Öffentlichkeit vertritt man immer wieder den Standpunkt, daß ohne die Wiederaufrichtung Mittel- und Osteuropas die Weltwirtschaft dem toten Punkt zueile. So lehnte Chamberlain in einer Rede, in der er den ewigen Klagen Frankreichs als der am schwersten betroffenen Nation durch die Bemerkung ein kräftiges Wort entgegensetzt, vergleiche man das wirtschaftliche England der Vorkriegszeit mit dem heutigen England, dann müsse man zu der Erkenntnis gelangen, daß das britische Inselreich in der ganzen Welt am meisten zu leiden habe. Eine Verringerung der Lage könne nur durch internationale Beratungen und Vereinigungen herbeigeführt werden. Noch deutlicher brachte das Waller Leaf, der Vertreter einer der angesehensten Londoner Banken, zum Ausdruck. Er sagte, die Verluste des englischen Handels und der englischen Industrie im letzten Jahre seien ungeheuerlich gewesen. Das werde sich nicht bessern, wenn nicht die Märkte Mitteleuropas und Rußlands wiederhergestellt würden. Bevor nicht der Handel mit Deutschland wiederhergestellt sei, könne England nicht auf eine Besserung seines Handels hoffen. In der Rede heißt es dann weiter:

In den letzten 6 Monaten habe man nur sehr wenig über den deutschen Wettbewerb gehört, denn der deutsche Außenhandel sei in außerordentlichem Maße zurückgegangen. Deutschland habe weit mehr eingeführt als es ausführen konnte. Diese Tatsache allein erkläre schon genügend den großen Sturz der Markt. Bevor nicht Deutschland den größten Teil des Handels wieder erhalte, den es im Jahre 1913 besaß, bestehe keine Aussicht für eine Rückkehr zur normalen Wohlfahrt in England. Die Industriebehörden noch sehr die geringe Kaufkraft, die Deutschland verblieben sei und beraube es der Möglichkeit, die Reparationen zu bezahlen.

Das ist ein Bekenntnis von weittragender Bedeutung und es wäre erstaunlich, wenn England aus seiner Erkenntnis aus irgendwelchen äußeren Gründen nicht die notwendigen praktischen Folgerungen zu ziehen verstände. Der gemeinsame Ausschuß der englischen Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsverbandes, die von der englischen Regierung zu Unrecht angegriffen werden, gibt in dieser Hinsicht bemerkenswerte Anregungen. Er fordert, daß der Betrag der von Deutschland zu zahlenden Reparationschulden durch ein internationales Uebereinkommen oder durch einen Schiedsspruch festgestellt und seine Höhe so bemessen werde, daß man vernünftigerweise keine Bezahlung von Deutschland erwarten könne. Die Besatzungsheere müßten zurückgezogen, ein wirklicher Bölkerbund, dem Deutschland und Rußland angehören, müsse geschaffen werden. Hier führt eine Brücke zu den Vorschlägen Lloyd Georges, über die in Genua verhandelt werden soll.

Poincaré möchte vor seinem Gang nach Genua den englisch-französischen Garantievertrag unter Dach und Fach bringen. Doch an diesem Vertrag auf dem Wege des Rollenaustausches und direkter Verhandlungen gearbeitet wird, ist bekannt. Ein Fortschritt scheint bisher aber nicht erzielt worden zu sein. Man muß im Gegenteil annehmen, daß sich die Verhältnisse zugespitzt haben. Der diplomatische Mitarbeiter des Lloyd George nachstehenden Blattes „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Artikel unter der Ueberschrift „Großbritannien sagt nein zu Frankreich“, in dem gesagt wird, die englische Regierung habe Poincaré mit vollkommener Klarheit geantwortet, daß sie den von Poincaré dargelegten Standpunkt in den internationalen Fragen nicht teile. Die englische Regierung müsse die Forderung Frankreichs, die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die rheinischen Gebiete in den englisch-französischen Pakt aufnehmen, ablehnen. Sie beschränkte sich darauf, die französische Ostgrenze zu garantieren und sehe in offen weitergehenden Vorschlägen den Versuch, das in Frage stehende Bündnis in ein militärisches Werkzeug umzuwandeln, was an der Wahrheit wohl auch kaum weit vorbeiführt.

Es ist schwer, ein Ende dieser Gegensätze abzusehen. Während England heute überwiegend wirtschaftspolitisch eingestellt ist, läuft das Frankreich Poincarés lediglich militärpolitischen Zielen nach und das sind zwei Welten, die nichts miteinander gemein haben.

Die Heeresfrage in Frankreich. Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer verlangt im Militärreformgesetz eine achtmontatige Dienstzeit und ein Heer von 150.000 Mann, von denen 80.000 Mann Reserve sein sollen. In der Begründung wird auf das deutsche Heer in Höhe von 100.000 Mann hingewiesen.

Die Beschlüsse über die Tarife.

2 Mar? für die Straßenbahnfahrt.

Die gestrige Stadivertretung, über deren ersten Teil wir heute kritisch berichtet haben, schleppte sich bis nach Mitternacht hin. Die Kommunisten, unterstützt von Unabhängigen, wählten sich ab, die Verhandlungen über die Deckungsvorlage zu erschweren und die Beschlußfassung womöglich zu hintertreiben. Mit den Kommunisten, die keine der zur Ausgabendeckung leider notwendigen Tarifierhöhungen bewilligten, wetteiferten in gleichem Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl die Deutschnationalen. Als Agitations- und Katastrophenpolitik geisterte der sozialdemokratische Redner Genosse Dr. Lohmann dieses Treiben der einander würdigen Brüder von der äußersten Rechten und der äußersten Linken. Die Fraktion der Unabhängigen hätte noch kurz vor der Sitzung, dank den Einsichtigeren unter ihren Mitgliedern, den Beschluß gefaßt, wenigstens für die Erhöhung des Straßenbahntarifs zu stimmen. Doch Dr. Wenz als Führer der Unterlegenen die Verabschiedung der Deckungsvorlage noch zu verzögern suchte, erklärte sich aus seiner fassen Hoffnung, bis zur nächsten Sitzung aus seinen Fraktionsgenossen doch noch eine Mehrheit von Verantwortungslösen zusammenzutrommeln. Die Verschleppung gelang nicht, trotz aller Obstruktionsbemühungen der Kommunisten, die durch ein halbes Duzend namentliche Abstimmungen die Versammlung auseinanderzerrten wollten. Erst einem in namentlicher Abstimmung um 11 Uhr durchgedrungenen Schlußantrag ergriff der kommunistische Stadtrat Ley unter einem Verwand nochmals das Wort, so daß die Debatte neu eröffnet war und über den neuen Schlußantrag nochmals unter Zeitverlust namentlich abgestimmt werden mußte. Unserem Genossen Franz Krüger, der diesen Trick als Unanständigkeit brandmarkte, antworteten die Kommunisten mit einem Wutausbruch und langdauernden wüsten Tumulten. Die namentlichen Abstimmungen über die einzelnen Teile der Deckungsvorlage ergaben: Ablehnung der Elektrizitätspreiserhöhung mit 80 gegen 80 Stimmen, Ablehnung der Gaspreiserhöhung mit 79 gegen 78 Stimmen (die Wasserpreiserhöhung zog der Magistrat zurück) und sächselich Annahme der Erhöhung des Straßenbahntarifs mit 101 Stimmen von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei gegen 49 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten. Die Dauerung endete um 1/2 Uhr nachts.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 2 M. für Einzelfahrer und auf 3,50 M. für Umsteigefahrer tritt am 4. Februar in Kraft.

Vom 3. Februar an gibt es die neuen Monatskarten zu 170 M. für eine Linie, zu 220 M. für zwei Linien, zu 280 M. für drei Linien, zu 440 M. für alle Linien und die Schülermonatskarten zu 40 M. Von der mit 6. Februar beginnenden Woche ab werden die Arbeitermonatskarten zu 10 M. für 6 Wochenfahrten, zu 20 M. für 12 Wochenfahrten, zu 30 M. für 18 Wochenfahrten (Wierwochenkarte) auszugeben. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Arbeitermonatskarten ist auf jährlich 10.000 M. oder wöchentlich 200 M. festgesetzt worden. Im Binnenverkehr der vormaligen Spandauer, Köpenicker, Heiligensee Straßenbahn und der Teltower Kreisbahnen einschließlich Grunewaldbahn kostet der Umsteigefahrer 2 M., die Sammelkarte für 8 Fahrten 14 M., die Monatskarte für eine Linie 100 M., für alle Linien einer der Vorortbahnen 120 M., die Arbeitermonatskarte für 12 Wochenfahrten 16 M. Im Wechselverkehr der Straßenbahnen mit der Hoch- und Untergrundbahn werden Umsteigefahrer erst in den nächsten Tagen ausgeben.

Die heutige Verkehrsfrage in Berlin.

Ring- und Stadtbahnverkehr ruht.

Am heutigen zweiten Streiktag bot Berlin das gleiche Bild wie am Vorabend, Straßenbahn und Hochbahn tot, was sie konnten, dem Ansturm des Frühverkehrs zu genügen. Der Fernzugverkehr ruht vollständig. Es soll versucht werden, die Bedienung wichtiger Strecken durch einige Züge aufrechtzuerhalten, doch liegen keinerlei Mittelungen bestimmter Art darüber vor. In den Nachmittagsstunden soll versucht werden, einen Zug vom Potsdamer Bahnhof nach Magdeburg abzulassen. Die Annahme von Post ist eingestellt worden, da es an der Möglichkeit fehlt, die Sendungen überhaupt weiterleiten zu können. Zur Abklärung der im Dienste befindlichen Beamten konnten heute im Laufe der Morgenstunden im Berliner Lokalverkehr eine Reihe von Zügen gefahren werden, so daß ein Teil der Bahnhöfe und Telegraphenstationen besetzt gehalten werden können. Im Güterverkehr ist die Lage gegen gestern unverändert. Die Milchzufuhren müssen als gering bezichnet werden. Auf dem Hamburg-Leichter Güterbahnhof, auf dem sonst täglich etwa 115.000 bis 120.000 Liter Milch eingehen, ist bis zur Stunde noch nicht ein Wagon eingegangen. Dagegen sind auf dem Östlicher Bahnhof die Milchsendungen größtenteils herangekommen.

Postautofahrten.

Am Sonnabend, den 4. Februar, und nach Bedarf auch an den folgenden Tagen, finden Sonderfahrten mit Postkraftwagen statt von Berlin nach Magdeburg (500 M.) mit Anschluß nach Braunschweig (300 M.) und Hannover (200 M.); nach Leipzig (600 M.); nach Verden (500 M.) mit Anschluß nach Hamburg (600 M.) Abfahrt 8 Uhr vormittags vom Reisebureau Hapag, Berlin, Unter den Linden 8. Rückfahrt am folgenden Tage. Die Fahrten werden ausgeführt, wenn mindestens je 10 Plätze nach den Zielorten besetzt oder bezahlt sind. Weitere Anschlüsse sind bei den zuständigen Oberpostdirektionen zu erfragen. Vorausbestellung von Plätzen bei den amtlichen Reisebüros.

Keine Lebensmittelnot.

Von einer Bedrohung der Berliner Lebensmittelversorgung kann im Augenblick noch nicht gesprochen werden. Die Bestände an Weizen dürften für die nächsten Tage ausreichen. Der Verkehr auf dem sächselchen Viehhof ist heute erklärlicherweise nur gering gewesen, doch dürften auch hier die vorhandenen Bestände zunächst ausreichen, um so mehr, als nach der Erklärung der Streikenden die Abfertigung der wichtigsten Lebensmittelgüter gesichert erscheinen muß. Kartoffeln sind nach wie vor nicht zu haben, was aber selbstverständlich nicht auf den Streik zurückzuführen ist.

Wie kann billiger gebaut werden?

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten veranstaltete vor einigen Tagen im „Deutschen Hof“ eine Versammlung, in der der frühere Schöneberger Stadtbaurat Dr. Martin Wagner den einleitenden Vortrag hielt. Gegenüber dem „freien Spiel der Kräfte“, bei dem das Selbstinteresse des einzelnen maßgebend war, handelt es sich heute um eine hauptsächlich öffentliche Bauartigkeit. Der Baumarkt wird nämlich mindestens zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln finanziert. Darf ein Staatsbürger auf Kosten der Allgemeinheit bauen und Kapital binden, wo und wie es ihm beliebt, fragt der Referent und verweist dies. Durch gemeinwirtschaftliche Regelung der Neubautätigkeit muß vermieden werden, daß die Baukosten zu hoch werden, unrentabel, erfolgen. Als weiterer wichtiger Punkt ist anzusehen, daß die Kapitalgüter zum Bauwerk vom schwachen Wirtschaftsmarkt unabhängig gemacht wird und rechtzeitig zum Beginn der Bauperiode erfolgt. Durch gemeinwirtschaftliche Regelung kann leicht das verteuerte Ueber-

bleiten und übermäßige Einlaufen vermieden werden. Durch Einschalten der sozialen Baubetriebe ist nicht nur ein gerechter Preis zu erzielen, sondern die freie Konkurrenz wird geradezu erst hergestellt. Wenn durch die Konkurrenz mit den sozialen Baubetrieben ein rechtlicher Kostenanschlag gesichert ist, können nur große Betriebe der Aufgabe gerecht werden und der Allgemeinheit Ersparnisse von Hunderten von Millionen schaffen. Durch Normalisierung und Typisierung und die Verwendung neuer Baumethoden, die rationell ausgeprobt werden müssen und zum Teil auch schon sind, können ebenfalls wesentliche Ersparnisse erzielt werden. In diesem Zusammenhang führte der Referent am Schluß die vom Verband sozialer Baubetriebe nach reiflichen Überlegungen erworbene Zweckbaumasse im Film vor, die schon in diesen Fällen den Heimstättenbau beschleunigt und verbilligt hat. Das heutige Bauen mit der unvermeidbaren Abbildung des unrentierlichen Teils der Kosten bedeutet eine riesige Belastung unseres Volkes, der gegenüber alles esuchen muß, um sie so niedrig wie möglich zu halten. Der sicherste Weg dazu ist ein mögliches Zusammengehen der Auftraggeber und Konsumenten, weil weitläufig wirkungsvoller als alle sonstigen rein bautechnischen Mittel.

Der falsche Kriminalbeamte.

Der falsche Zeitungsvorleser Wichmann, der durch seine Diebstähle in herrschaftlichen Häusern Millionenwerte erbeutete, in einem Halle allein ein Verlehnalsband, das eine halbe Million wert ist und in Paris wiederverkauft wurde, hatte es bei seiner letzten Festnahme dahingebacht, daß er zur Beobachtung seines Gefestzandes einer Irrenanstalt überwiesen wurde. Aus dieser entbrang er und trieb seitdem sein Unwesen in der Tropping und im Reich. Dort spielte er nicht nur den Zeitungsvorleser, sondern auch den Kriminalbeamten und machte wieder große Beute. Durch sein Ausstreuen in Spielkassen und den Verkauf wertvoller Brillanten kam man ihm auf die Spur. Es gelang, ihn in der Uhlendstraße, wo er bei seiner Geliebten hauste, zu verhaften. Die Beamten nahmen ihn so überraschend fest, daß er nicht mehr dazu kam, sich zu wehren. Der gefährliche Verbrecher wurde gefesselt und noch dem Polizeipräsidenten gebracht. Die Ermittlungen ergaben, daß er sich die Papiere eines ostpreussischen Flüchtlings namens Petermann verschafft hatte.

20 Jahre Zeitungsklau. In den ersten Februartagen dieses Jahres blüht die in der Expedition Greifenhagenener Straße beschäftigte Frau Maria Schmidt auf eine zwanzigjährige Tätigkeit als Ausröckerin des „Vorwärts“ zurück. Sie streifte in voller Rüstung gestern ihren 60. Geburtstag. Der „Vorwärts“ und seine Leser danken ihr an diesem Tage für die Treue in der Erfüllung ihrer schweren Pflicht.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Gelinder, überwiegend trübe mit Nebel- (4)lagen und ziemlich kalten südlichen bis südwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kampf um den Manteltarif.

Wie bereits mitgeteilt, sind heute Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium im Gange, um eine Einigung herbeizuführen. Ein Schiedsspruch soll bis heute abend zustande kommen. Leider ist sehr fraglich, ob dadurch ein Streik der Gemeinbedarbeiter verhindert wird. Die Gemeinbedarbeiter wollen in Verschlechterungen des Manteltarifsvertrages nicht einwilligen und den bisherigen Manteltarif eventuell auf ein Jahr verlängert wissen.

Bis jetzt haben sich etwa 12.000 Mitglieder an der Zustimmung beteiligt, wovon 11.000 sich für den Streik erklärten. Obgleich also aus einem großen Teil der Betriebe das Abstimmungsresultat noch nicht bekannt ist, dürfte nach diesem Teilergebnis bestimmt mit einem Streik der Berliner Gemeinbedarbeiter zu rechnen sein, falls es nicht noch in letzter Stunde gelingt, eine Einigung herbeizuführen.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel.

Die Unterzeichnung des Lohnvertrages für Januar konnte erst am 31. Januar erfolgen. Die Verzögerung ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber einige Bestimmungen in den Lohnvertrag hineingebracht haben, die weder vorher verhandelt noch von Seiten einer Partei gefordert worden sind.

Am 1. Februar waren bereits neue Verhandlungen, um einen Abschluß des Lohnvertrages für den Monat Februar zu vollziehen. An der Funktionärversammlung am kommenden Montag im Gewerkschaftshaus soll die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung erfolgen. Vertrauensleute und Betriebsräte haben Zutritt, die sich durch Funktionärliste oder Betriebsräteausweis legitimieren können.

Der neue Manteltarif und der Lohnvertrag für Januar ist ab Montag in unserem Bur. u. Gewerkschaftshaus Zimmer 33, 2. Etz., erhältlich.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

Die neugewählten Generalsammlungsdelegierten werden ersucht, umgehend ihre Arbeitsweise und Jahresberichte aus dem Bureau abzugeben. Ferner machen wir die Einzelmitglieder und Mitglieder daran aufmerksam, daß am Montag, nachmittags 6 Uhr, bei Com. Stadtbüchereistraße 47, die letzte Delegiertenwahlversammlung für sie stattfindet.

Achtung, Konditoreipersonal!

Trotz monatelanger mühsamer Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifes, sind diese an der Hartnäckigkeit der Vertreter der Zwangsinnung gescheitert. Die Arbeitgeber muteten uns zu, in eine ganze Reihe von Verschlechterungen gegen den bisherigen Tarif einzuwilligen. Die Organisationsleitung konnte die Verantwortung dafür nicht übernehmen und wird die Kollegenschaft darüber entscheiden lassen. Die Arbeitgeber werden jetzt versuchen, das Personal durch Kündigung einzuschüchtern. Gegen die Kündigung ist sofort bei der Betriebsvertretung Einspruch zu erheben. Für den Betriebsrat bestehen die gesetzlichen Bestimmungen, nach denen er zu verfahren hat. Vocht Euch durch Drohungen nicht zu Einzelabmachungen verleiten. Die Euch für die Zukunft verständnisvoll werden können. Abmachungen in einzelnen Firmen bedürfen der Zustimmung der Organisation. Ebenso dürfen Arbeitsniederlegungen in einzelnen Firmen nur mit Genehmigung der Verbandsleitung erfolgen.

Die Besucher der Konditorien, die jetzt mit Recht über die unerschöpflich hohen Preise erlautet sind, werden nicht begreifen, daß die Konditoreibetriebe trotzdem ihr Personal unter Bedingungen beschäftigen und entlohnen wollen, wie sie in keinem Berufe mehr üblich sind. In der am Montagabend, 7 Uhr, in den Musterjahren, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, stattfindenden Versammlung hat das gesamte Konditoreipersonal zu erscheinen, um weitgehende Beschlüsse zu fassen.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufs-genossen Deutschlands, Zählstelle Berlin.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Mühs, Berlin-Niedersee; für Anzeigen: H. Glaser, Berlin. Verlag: Hermann Glaser & Co., Berlin. Druck: Hermann Glaser & Co., Berlin. Postamt: Berlin, Postfach 3.

Wollt ihr, daß die Arbeiterbewegung sich nicht auflöst?

so gebt ihr dem „Vorwärts“ einen warmen Gruß!

Steins

enorm billige Volkstage



Damen-Bekleidung

Mäntel aus festen Stoffen 69⁰⁰ bis 89⁰⁰
 Mäntel aus schweren Wollstoffen . . . 198⁰⁰ bis 395⁰⁰
 Kleider aus guten Stoffen, gestreift und einfarbig 95⁰⁰ bis 395⁰⁰
 Kleider in vielen Farben u. guten Wollstoffen . . . 69⁰⁰ bis 175⁰⁰
 Ueberziehblusen reine Wolle, aparte Farben 158⁰⁰
 Oberhemdblusen in schönen und gutem Stoff 39⁰⁰ bis 89⁰⁰
 Stoffblusen in vielen Farben und Formen 45⁰⁰ bis 198⁰⁰

Kleiderstoffe

Cheviot reine Wolle, doppeltbreit . . . Meter 77⁵⁰
 Woll-Körper doppeltbr., schöne Farb., Meter 49⁵⁰
 Schotten moderne Muster für Kleider Meter 59⁵⁰ 39⁵⁰
 Blusenflanell in breiten Streifen, Met. 37⁵⁰ 19⁵⁰
 Blusenstreifen modern Meter 55⁰⁰ 44⁵⁰
 Rockstreifen modern, reine Wolle, Meter 145⁰⁰
 Kostüm-Stoffe grau Melange, 130 cm breit, Meter 165⁰⁰ 95⁰⁰

Schuhwaren

Herrn-Stiefel jede Ausführung 138⁰⁰
 Herren-Stiefel Rindbox und Hal-Chocv. . 250⁰⁰
 Herren-Stiefel Rindbox, moderne Formen 295⁰⁰
 Damen-Lackbesatz-Stiefel 129⁰⁰
 Damen-Rindbox-Stiefel 198⁰⁰ 179⁰⁰
 Damen-Goldkäfer-Schuhe 69⁰⁰
 Damen-Halbschuhe mit Spange 98⁰⁰
 Damen-Halbschuhe mit u. ohne Lack. 118⁰⁰
 Damen-Halbschuhe mit Lackkappe . . 178⁰⁰
 Damen-Segeltuch-Schuhe w. 18. Schuhgr. Spange 75.00 79⁰⁰
 Kinder-Stiefel Größe 18-22 39⁵⁰
 Kinder-Stiefel Lackkappe, Größe 25-34 . 69⁰⁰
 Kinder-Segeltuch-Schuhstiefel Gr. 18-22 weitere Größen steigend 33⁵⁰
 Damen-Led.-Spang.-Hausschuhe recht 69⁰⁰

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit breitem Stickerei-Element 49⁵⁰
 Damen-Hemden mit Ein- und Ansatz aus festem Stoff 69⁰⁰
 Damen-Hemden mit gesticktem Halsaufschlag . . . 79⁵⁰
 Damen-Hemden reich gestickt, aus feinem Wäschezeug 98⁰⁰
 Knie-Beinkleider offene und geschlossene Form 69⁰⁰
 Damen-Nachthemd, Kimono-Form mit gesticktem Halsaufschlag . . . 135⁰⁰
 Damen-Nachthemd, m. reich stick. Garn. aus feinem Renforcé . . . 175⁰⁰
 Untertaillen mit breitem Stickereiaufsatz . 36⁰⁰
 Prinzess-Röcke mit breit. Stickerei-Volant 145⁰⁰
 Herren-Taghemden aus bestem Wäschezeug 98⁰⁰ 124⁰⁰
 Korsette weiße, gutstimmende Form . . . 46⁰⁰
 Korsette Dreif. Frackform, mit guten Schließen 49⁵⁰
 Korsette Dreif. Frackform, mit guten Schließen, in feinst. Verarbeitung 69⁵⁰
 Wiener Schürzen 49⁵⁰ 39⁵⁰

Wäschestoffe

Hemdentuch 80 cm breit, beste Qualität 22⁵⁰ 18⁵⁰
 Croisé- u. Pikee-Barchent 80 cm br. 26⁵⁰ 22⁵⁰
 Louisianatuch 140 cm breit Meter 59⁵⁰
 Linon prima, für Dameng Meter 69⁵⁰
 Laken Down, 144 cm breit Meter 58⁵⁰
 Hemden-Fianelle Meter 19⁵⁰
 Bettbezüge fertig, großer Bezug 139⁰⁰ Kleiner 39⁰⁰

Gardinen

Erbstoff-Stores Stück 98⁰⁰
 Künstler-Gardinen Fenster 180⁰⁰
 Gardinen schmal Meter 10⁵⁰
 Tuchdecken rot u. grün Stück 100⁰⁰
 Schlafdecken prima Qual. Stück 205⁰⁰
 Läuferstoff 67 cm breit Meter 39⁵⁰
 Ziegenfell weiß u. farbig 169⁰⁰

Herrenartikel

1 Posten Herren-Hüte in moderner Form und Farben M. 60.00 49⁵⁰
 1 Posten Selbstbinder offen M. 13⁵⁰
 1 Posten Strick-Krawatten, Binder und Regattaes jetzt lack 9⁵⁰
 1 Posten Herren-Serviteurs weiß Mark 9.75 7⁹⁵
 1 Posten Herren-Sportkragen beste Qualität, bunt und weiß, Mark 8⁹⁵
 1 Posten Herren-Hosenträger Gummi Mark 19⁵⁰

Strümpfe

Damen-Strümpfe englisch lang, braun Paar Mark 9⁰⁰
 Damen-Strümpfe englisch lang, schwarz Paar Mark 16⁵⁰
 Damen-Strümpfe deutsch lang, gestrickt Paar Mark 12⁵⁰
 Herren-Socken gestrickt in grau Paar Mark 5⁰⁰
 Herren-Schweiß-Socken Paar Mark 13⁵⁰
 Kinder-Strümpfe reine Wolle Paar Mark 16⁵⁰ bis 36⁵⁰

Trikotagen

Normal-Hemden prima Qualität, alle Größen Stück Mark 79⁰⁰
 Normal-Hosen alle Größen Stück Mark 69⁰⁰
 Herren-Mako-Einsatz-Hemd, Stück Mark 98.10 78⁰⁰
 Normal-Kinder-Trikots Größe 60 cm jede weitere Größe Mark 5.10 mehr 18⁵⁰
 Futter-Normal-Trikots beste Qualität, nur 10 cm lang, Stück Mark 37⁵⁰
 Arbeiter-Hemden Stück Mark 79⁰⁰

Handarbeiten

Taschentücher gestickt, Madeira und Richeilieu Stück 7⁵⁰
 Tablettdecken gestickt, Madeira und Richeilieu Stück 4⁷⁵
 Nachttischdecken gestickt, Madeira und Richeilieu Stück 12⁵⁰
 Kissen gestickt, Madeira und Richeilieu Stück 18⁵⁰
 Bettstreifen gestickt, Madeira und Richeilieu Stück 11⁵⁰
 Kissenecken gestickt, Madeira und Richeilieu Paar 14⁵⁰

Verschiedenes

Stickerei schmal 3/4 Meter 6⁴⁵
 Waschtüll 130 cm breit, weiß, Meter 24⁷⁵
 Unterrock - Volants waschbar 19⁷⁵
 Kopfschals Kaschmir, hell, Farben 29⁷⁵
 Schleier abgepaßt, 1 1/2 Mtr. lang, schwarz, gest. 9⁷⁵
 Druckknöpfe Kohlen- u. Pyramiden, Zerkalt Dutzend 1⁵⁰

Billige Angebote in Lebensmitteln!

Rindfleisch in eigenem Saft Dose 20⁰⁰
 Eisbein gepökelt Pfund 11⁵⁰
 Amerik. Würstchen Dose 8⁴⁰
 Leberwurst 2-Pfund-Dose 13⁵⁰
 Luncheon amerikanische Wurstmasse, Dose 6⁷⁵
 Nieren geschmort Dose 8²⁵

Tafelreis Pfund 6⁰⁰
 Schnitznudeln Pfund 6⁰⁰
 Ital. Makkaroni Pfund 11⁰⁰
 Weizenmehl 000 Pfund 5⁹⁰
 Weizenmehl 00 Pfund 5⁰⁰
 Viktoriaerbsen Pfund 5⁰⁰

Rangoon-Bohnen Pfund 3⁷⁵
 Roh-Kaffee Pfund 38⁰⁰
 Klarer Kummel) Monopol-Brantwein Flasche 31⁰⁰
 Versch. Punschextrakte à 50⁰⁰ à 26⁰⁰
 Gr. Salzheringe Stück 75 Pl.

Warenhaus

Wilhelm Stein, Berlin N, Chausseestr. 70/71

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preise einzig dastehende

Trauringe

1 Ring, Dukatengold, von 200,- an
 1 Ring, 585 gestempelt, von 100,- an
 1 Ring, 333 gestempelt, von 70,- an
 Garanzschein für gesetzliches Goldgehalt.

Ausführlicher Katalog gratis!

N. Wiese, Juwelier
 Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
 5 Min. v. Bahnh. Friedrichsh. 1 Min. v. Wittnbd-Pl. Nähe Zoo
 Telefon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Gold-, Silber-, Platin-Zahngelbisse, Brillanten
 laut zu höchsten Tagespreisen

Bick Invalidenstr. 144
 Andreasstraße 37

Für Holland!

Perfekter Sortiermeister für Häute und Felle

gesucht, der Zahnhäute, trockene Ziegenfelle und Wildwaren genau kennt.

Bei guten Leistungen dauernde, gut bezahlte Stellung. Reflektant muß unverheiratet sein und prima Referenzen angeben. Offerten mit Zeugnisabschriften unter K. G. 4239 befördert Rudolf Mosse, Köln.

Bruchbänder

ohne Feder, für Personen, die gegen Druck besonders empfindlich sind. Meine elastischen Bruchbänder entsprechen den höchsten Anforderungen fast in allen Fällen und sind das, was jeder Bruchleidende sucht.

I. I. GENTIL, BERLIN B 80, Potsdamer Str. 5
 Spezialgeschäft für Bruchbänder
 Bequeme, abgetrennte Anlegerröhre. Sorgfältigste Bedienung

Gold-Silber

Platin, Brillanten in allerhöchster Tagespreise!

C. Käferle, Juwelier
 Frankfurter Allee 276
 Nähe Ringbahnhof
 Fahrgehd wird vergütet.

Spezial-Behandlung für Ischias Hüft, Gesäß, Bein Da schw. Fälle in ISTag, bei nicht abzunehm. Heilung, best. u. Pet. invalidenstr. 136, v. 10-2 Jacoby

Zähne

Erstkl. Ausföhr., 11. Garantie
 M. Umarbeitung u. 1 Gebisse
 an natürl. Goldkrone, Brück,
 Teilzahl. 9-7 Sonntags 9-1.
 Hans Schönerhanstr. 70.

Restehaus

Reste in Damen-Mantelstoff, Tuchen, Affenhaut, Covercoats, Homespun, Kostümstoffe, Kammgarn, Gabardine, sehr billig. — Kleider, Mantel- und Futter-Seiden in vielen Farben

Reste in Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben

Gelegenheitskäufe in modernen Mänteln, Kostümen und Röcken

Paul Karle
 o 34, Warschauer Straße 78